

Lufingen, 4. Januar 1999

KR-Nr. 4/1999

ANFRAGE von Bruno Dobler (parteilos, Lufingen)

betreffend KMU im Kanton Zürich - Bald weniger Bürokratie und Ende der Drangsalierung der Kleinbetriebe?

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Universität St. Gallen hat berechnet, dass die Klein- und Mittelbetriebe einen unverhältnismässig hohen Aufwand für die staatlich zwangsaufgelegte Bürokratie aufbringen müssen. Nach dieser Studie haben KMU jährlich 26'000 Franken für den Verkehr mit den Amtsstellen aufzuwenden. Im Kanton St. Gallen sind es 45 Stunden pro Monat, die ein Kleinunternehmen im Durchschnitt für Arbeiten mit den Behörden aufzuwenden hat. Im Kanton Zürich sind unglaubliche 79 Stunden monatlich für die amtlich verordneten Auflagen zu erbringen.

Damit - die Studie belegt es - werden die KMU im Kanton Zürich in Bezug auf die staatlich verordnete Bürokratie am härtesten bestraft. Sie leisten im Vergleich zu Betrieben in anderen Kantonen den grössten Frondienstaufwand.

Das ist sehr stossend. Denn im Kanton Zürich sind auch die meisten Kleinbetriebe unseres Landes angesiedelt, welche weit über 600'000 Mitarbeitende beschäftigen.

Der Regierungsrat kennt diesen Sachverhalt. Bestimmt will er mit entsprechenden Massnahmen - sprich Entschlackungskuren beim Vollzug der Gesetze und Verordnungen, aber auch Schaffung günstiger Entfaltungsmöglichkeiten für Kleinunternehmer - den heutigen Missständen entgegenwirken.

Da die meisten neuen Arbeitsplätze von KMU geschaffen werden, lohnt es sich, hier einen grossen Aufwand zugunsten dieser volkswirtschaftlich wichtigsten Unternehmensgruppe zu betreiben.

Ich bitte den Regierungsrat, mir in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist die Studie der Universität St. Gallen ausgewertet worden?
2. Inwieweit ist der Regierungsrat mit den Feststellungen/Schlussfolgerungen der Studie einverstanden?
3. Sind bereits oder werden in den nächsten Monaten Massnahmen ergriffen, um die horrenden unproduktiven Arbeitsbelastungen für Kleinunternehmer zu reduzieren? Wenn bereits Massnahmen eingeleitet worden sind, welche?
4. Welche Auswirkungen erwartet der Regierungsrat von den unter Punkt 3 erwähnten Massnahmen? Ab welchem Zeitpunkt könnten diese zugunsten der KMU greifen?
5. Wieweit sind die scharfen Umwelt- und Energievorschriften schuld am schlechten Abschneiden des Kantons Zürich, oder

6. lassen sich die Differenzen zu den anderen Kantonen mit dem allzu bürokratischen kantonalen Vollzug von Bundesvorschriften erklären?
7. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zudem zu ergreifen, um die jetzt leider gültige Formel "Je kleiner das Unternehmen, desto grösser die administrative Last" umzukehren?
8. Wie lassen sich die regierungsrätlichen Efforts für das Standortmarketing begründen, wenn hinlänglich bekannt ist, dass in Zürich die behördliche Bürokratie in den letzten Jahren immer wieder zu neuen Höhenflügen angesetzt hat?

Bruno Dobler